

CHINA UND DIE PHILIPPINEN: DIE FLUCHT DES FERDINAND MARCOS NACH VORNE

Oskar Weggel

Vom 7. - 12. Juni 1975 stattete der philippinische Präsident der Volksrepublik China einen fünftägigen Besuch ab, in dessen Verlauf ein Abkommen über die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten sowie ein Handelsabkommen unterzeichnet wurden (am 9.6.) (1), abgeschlossen zwischen dem chinesischen Außenhandelsminister Li Chiang und dem philippinischen Industrieminister Vicente T. Paterno.

Marcos wurde schon kurze Zeit nach seiner Ankunft mit seiner Frau, die bereits im September 1974 die chinesische Hauptstadt besucht hatte, von Parteichef Mao Tse-tung empfangen. An der Unterhaltung nahm auch der chinesische stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing teil, mit dem Marcos noch gesondert Gespräche führte. Marcos verhandelte auch mit Chou En-lai und unterzeichnete mit diesem das Gemeinsame Kommuniqué über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vom 9.6.75 (2).

I. Das Kommuniqué:

I

Die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung der Republik der Philippinen haben zur Förderung der traditionellen Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem philippinischen Volk beschlossen, vom Datum der Unterzeichnung dieses Kommuniqués ab sich gegenseitig anzuerkennen und diplomatische Beziehungen auf Botschaferebene aufzunehmen.

II

Die beiden Regierungen sind der Auffassung, daß das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche System eines Landes ohne fremde Einmischung nur vom Volk des betreffenden Landes selbst zu wählen ist. Sie vertreten die Ansicht, daß die Verschiedenheit der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Systeme der Volksrepublik China und der Republik der Philippinen nicht ein Hindernis sein sollte für die friedliche Koexistenz und die Errichtung und Entwicklung der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern in Übereinstimmung mit den Prinzipien der gegenseitigen Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens.

Die beiden Länder sind übereingekommen, auf der Grundlage der obenerwähnten Prinzipien alle Konflikte auf friedlichem Wege, nicht mit Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung beizulegen.

Die beiden Regierungen sind übereinstimmend der Meinung, daß alle fremden Aggressionen und Subversionen sowie alle Ver-

suche irgendeines Landes, irgendein anderes Land zu kontrollieren oder sich in dessen innere Angelegenheiten einzumischen, verurteilt werden müssen. Sie sind gegen alle Versuche irgendeines Landes oder irgendeiner Gruppe von Ländern, in irgendeinem Weltteil die Hegemonie zu errichten oder Einflusssphären zu schaffen.

Die beiden Regierungen sind übereingekommen, miteinander zu kooperieren, um die obenerwähnten Ziele zu erreichen.

III

Die Regierung der Philippinen erkennt die Regierung der Volksrepublik China als die einzig legitime Regierung Chinas an, versteht vollständig den Standpunkt der chinesischen Regierung, daß es nur ein China gibt und daß Taiwan ein untrennbarer Teil des chinesischen Territoriums ist, und respektiert diesen Standpunkt und hat beschlossen, innerhalb eines Monats nach dem Datum der Unterzeichnung dieses Kommuniqués alle ihre offiziellen Vertretungen aus Taiwan abuberufen.

Die Regierung der Volksrepublik China erkennt die Regierung der Republik der Philippinen an und ist einverstanden, die Unabhängigkeit und die Souveränität der Republik der Philippinen zu respektieren.

Die Regierungen der beiden Länder erkennen die territoriale Integrität des anderen an und sind übereingekommen, diese zu respektieren.

IV

Die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung der Republik der Philippinen bestimmen, daß jeder Bürger eines dieser Länder, der die Staatsangehörigkeit des anderen Landes erwirbt, automatisch seine ursprüngliche Staatsangehörigkeit verliert.

V

Die beiden Regierungen sind übereingekommen, aktive Maßnahmen zur Entwicklung der gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu ergreifen. Sie sind übereingekommen, auf der Basis ihrer jeweiligen Erfordernisse und der Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens Verhandlungen aufzunehmen und ein Handelsabkommen abzuschließen.

VI

Die beiden Regierungen beachten die Wichtigkeit des kulturellen Austausches für die Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft zwischen den Völkern der beiden Länder.

VII

Die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung der Republik der Philippinen sind übereingekommen, so bald wie

praktisch möglich, beiderseitig Botschafter zu akkreditieren und entsprechend der internationalen Gepflogenheit und auf wechselseitiger Basis der anderen Seite alle notwendige Hilfe für die Errichtung und die Ausübung der Funktionen der diplomatischen Mission in der jeweiligen Hauptstadt zur Verfügung zu stellen.

(unterzeichnet)

CHOU EN-LAI

Ministerpräsident des
Staatsrates der Volks-
republik China

Peking, 9. Juni 1975

(unterzeichnet)

FERDINAND E.
MARCOS

Präsident der Republik
der Philippinen

Außerdem gab die philippinische Regierung am 9. Juni eine Erklärung ab, in der es heißt:

"Sobald das gemeinsame Kommuniqué der Regierung der Republik der Philippinen und der Regierung der Volksrepublik China veröffentlicht ist, stellt die Regierung der Philippinen alle noch bestehenden offiziellen Beziehungen zwischen den Philippinen und Taiwan ein. Die Regierung der Philippinen erklärt den mit Taiwan geschlossenen Freundschaftsvertrag und alle anderen offiziellen Vereinbarungen für ungültig. Alle offiziellen Vertretungen Taiwans auf den Philippinen wurden aufgefordert, innerhalb eines Monats nach dem Datum der Unterzeichnung des Kommuniqués abzuziehen" (3).

Bemerkenswert an dem Kommuniqué sind - neben den üblichen Versicherungen, sich nach den Grundsätzen der "Friedlichen Koexistenz" zu respektieren, vor allem zwei Punkte, nämlich der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taipei (Art. III) und die Staatsbürgerschaftsklausel (Art. IV).

- Mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Peking hat Manila eine Tradition fortgesetzt, die 1972 in Richtung auf die sozialistischen Staaten hin begann: Nacheinander nahm es diplomatische Beziehungen mit Jugoslawien und Rumänien (1972), sodann mit der DDR, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei und der Mongolei (1973) auf. Marcos hatte sich auch vorgenommen, die Beziehungen zu den beiden kommunistischen Großmächten, zu Moskau und Peking, gleichzeitig aufzunehmen. Dieses Simultanitätsprinzip wurde aber durchbrochen, nachdem die Präsidentengattin Imelda und ihr Bruder, Benjamin Romualdez, Peking besucht hatten (Frau Imelda war schon vorher in Moskau gewesen). Der Besuch von Imelda Marcos fand im September 1974 unter höchster Aufmerksamkeit der chinesischen Regierung statt. Die philippinische "Sonderbotschafterin" wurde von Mao Tse-tung persönlich empfangen. Im März 1975, also noch vor dem Zusammenbruch Saigons, hatte Marcos seine Absicht einer Peking-Reise angekündigt und dabei erklärt, daß Manila nun doch zuerst die Volksrepublik und erst dann die Sowjetunion diplomatisch anerkennen werde. Die VR China hat also hier wiederum einen erneuten Pluspunkt gegenüber Moskau verbuchen können.

- Am gleichen Tag, da das Kommuniqué in Peking unterzeichnet wurde, brach Taiwan seinerseits die Beziehungen zu Manila ab. Der Botschafter Taipeis in Manila wurde beauftragt, bei der Regierung der Philippinen scharfen Protest zu erheben. Den chinesischen Kommunisten sei mit dem Schritt Manilas die Mög-

lichkeit zur Infiltration und Unterwanderung eröffnet worden.

- Art. IV des Kommuniqués enthält eine für die auf den Philippinen lebenden Auslandschinesen wichtige Regelung über die Ausschaltung einer doppelten Staatsangehörigkeit. Die Bestimmung ist kurz gefaßt, wenn man sie mit den Ausführungen vergleicht, wie sie im Kommuniqué mit der Regierung von Malaysia am 31. Mai 1974 vereinbart worden sind (4).

Dort hieß es:

"Die Regierung der VR China nimmt die Tatsache zur Kenntnis, daß Malaysia ein aus vielen Rassen bestehendes Land mit einer Bevölkerung von Malaien, Chinesen u.a. Gruppen völkischen Ursprungs ist. Beide Regierungen erklären, daß sie eine Doppelnationalität nicht anerkennen. Ausgehend von diesem Prinzip betrachtet die chinesische Regierung automatisch die chinesische Nationalität für jeden Chinesen als verfallen, der durch seinen eigenen Willen die malaysische Nationalität erworben hat. Im Hinblick auf jene Einwohner, die die chinesische Nationalität aufgrund ihres eigenen Willens beibehalten wollen, wird die chinesische Regierung, in Übereinstimmung mit ihrer konsequenten Politik, diese Personen anweisen, sich nach den Gesetzen der Regierung von Malaysia zu verhalten, die Sitten und Gewohnheiten der Völker dort zu respektieren und mit ihnen in Freundschaft zu leben. Ihre Rechte und Interessen werden von der Regierung Chinas geschützt und von der Regierung Malaysias respektiert".

Zugegebenermaßen ist das Auslandschinesenproblem auf den Philippinen bei weitem nicht so gravierend wie in Malaysia: Während im zuletzt genannten Staat 4 Mio. Chinesen (bei einer Gesamtbevölkerung von 10 Mio. Einwohnern) leben, sind es auf den Philippinen bei 40 Mio. Menschen nur insgesamt 500.000 Hua-chiao, also nicht einmal 2 % der Bevölkerung! Hier wie dort allerdings ist ihre wirtschaftliche Position beträchtlich. An staatenlosen Chinesen gibt es auf Malaysia 220.000, auf den Philippinen 150.000. Ganz anders als die englischen Kolonialherren in Malaja hatten die Spanier die Einwanderung von Chinesen restriktiv gehandhabt und ihre geschäftlichen Aktivitäten zum Teil unterdrückt.

Trotz dieser Unterschiede ist die Nationalitätenfrage mit Malaysia und mit den Philippinen gewissermaßen gleich geregelt worden, wenngleich sich das von Marcos unterzeichnete Kommuniqué als wesentlich karger erweist. Wichtig aber ist, daß in beiden Fällen die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit ausgeschlossen wird, daß beide Länder keine Verpflichtung auf sich genommen haben, bisher staatenlos gebliebene Auslandschinesen nunmehr mit einer malaysischen bzw. philippinischen Staatsangehörigkeit auszustatten und daß Peking sich ferner verpflichtet, die Auslandschinesen nicht als "Fünfte Kolonne" einzuschalten. Im Kommuniqué von Malaysia wird diese Verpflichtung allerdings wesentlich nachdrücklicher betont, da dort versichert wird, daß auch solche Hua-Chiao, die die chinesische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, von Peking angehalten werden sollen, sich den malaysischen Gesetzen entsprechend zu betragen. Im chinesisch-philippinischen Kommuniqué kommt eine solche Vereinbarung aber indirekt in Art. II zum Ausdruck, wo ein strenges Einmischungsverbot vereinbart ist.

- Die Bestimmung des Art. V, ein Handelsabkommen abzuschließen, wurde noch während des Besuches von Ferdinand Marcos in Peking erfüllt. Am 9.6. wurde, wie oben erwähnt, ein solches Abkommen vom chinesischen Außenhandelsminister Li Chiang

und vom philippinischen Industrieminister Vicente T. Paterno unterzeichnet (5). Bisher hatten sich die Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten gut angelassen: U.a. hatte die VR China den Philippinen die Lieferung von Petroleum während der Rohölkrise im November 1973 zugesagt (6). Am 23.11.1974 kam es in Kuangchou zum Abschluß von fünf Handelskontrakten über den Export von Kokosöl, Stammholz, Sperrholz, Kupferkonzentraten und Rohzucker von den Philippinen nach China. Insgesamt handelte es sich um rd. 10.000 t Kokosöl, um rd. 50.000 cbm Stammholz, um 2000 cbm Sperrholz und um etwa 30.000 t Rohzucker sowie 4000 t Kupferkonzentrate, die bis Mitte 1975 bereits an die Volksrepublik zu liefern waren (7).

- Artikel II des Kommuniqués zeugt davon, wie sehr Marcos Wert auf eine Nichteinmischungsklausel gelegt hat. Die Vereinbarung läßt sich als eine chinesische Versicherung an die Philippinen deuten, daß China die gegen Manila arbeitenden kommunistischen Aufständischen nicht mehr unterstützen wolle. 1968 war ja in der Provinz Tarlac-Luzon die "Kommunistische Partei der Philippinen (Marxisten-Leninisten)" gegründet worden, deren Kern sich aus abtrünnigen Mitgliedern der alten moskauhörigen KPPh sowie aus Gruppierungen revolutionärer Studenten rekrutierte. Die Neo-KP stand unter Leitung von Amado Guerrero (sein eigentlicher Name ist: Cison), der enge Beziehungen zu Peking unterhält. U.a. hatte Guerrero 1971 ein von der kommunistischen Hongkonger Ta-kung-pao publizierte Broschüre mit dem Titel "Philippine Society and Revolution" veröffentlicht, das als eine Art Brevier zu Fragen der philippinischen Gesellschaft dienen soll. Jedes Parteimitglied hat die Anleitungen zu studieren, um die Voraussetzungen "weiterer Klassenanalysen als Basis konkreter revolutionärer Aktionen" zu gewinnen, wie Guerrero im Vorwort erklärt. In Konkurrenz zur alten Huk-Armee wurde am 26.12.1968 außerdem die "Neue Volksarmee" gegründet und der KPPh (M.L.) unterstellt (8). In chinesischen Publikationen wurde diese Bewegung schon häufig mit Beifall bedacht. U.a. erklärten die Chinesen, daß die KPPh-ML - ganz nach chinesischem Muster - Basen auf dem Land bilden und von dort her die Städte einkreisen sollte, um auf diese Weise die Philippinen in eine sozialistische Republik zu verwandeln (9).

Über materielle Unterstützung der Aufständischen von seiten der Volksrepublik sind keine Einzelheiten bekannt. Offensichtlich aber wollte Marcos sicherstellen, daß selbst die immaterielle Unterstützung in Form bloßer verbaler Propaganda-Aktionen zugunsten der KPPh-ML in Zukunft von Peking unterlassen wird.

- Das Kommuniqué weist auch darauf hin, daß sämtliche Streitigkeiten zwischen beiden Ländern auf dem Wege friedlicher Vereinbarungen gelöst werden sollen (Art. II/Abs. 2). Anwendung oder Androhung von Gewalt müsse ausscheiden. Ein praktischer Punkt, in dem sich diese Vereinbarung verifizieren könnte, ist die Frage der Paracel-Inseln, deren Besitzstand zwischen China und den Philippinen umstritten ist. Zwischen 1970 und 1971 besetzten die Philippinen drei Spratley-Inseln im Südchinesischen Meer, die von Peking beansprucht werden. China beschränkte sich hier auf bloße Proteste (10), während es den südvietnamesischen Zugriff auf die Paracel-Inseln im Januar 1974 militärisch beantwortet hatte. Die von Manila besetzten Inseln sollen mit denjenigen identisch sein, die 1951 von dem philippinischen Geschäftsmann Tomas Cloma reklamiert, mit

Fischern und Handwerkern besiedelt und zum "Free Territory of Freedom Land" (mit Regierungssitz in Manila) proklamiert worden waren (11).

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß China praktisch das gesamte Südchinesische Meer beansprucht und hierbei auch Gegenden mit in seine Vorstellungen einbezieht, die unmittelbar vor der philippinischen Küste liegen.

II. Das Vorspiel des Besuches

Für Manila, das bis Mitte der sechziger Jahre fast völlig im Sog der amerikanischen Außenpolitik stand, mußten Beziehungen irgendwelcher Art mit der VR China als Anathema gelten. Unter "China" verstand man auf den Philippinen ausschließlich die "Republik China" auf Taiwan.

1955 hatte Chou En-lai zwar bei der Konferenz von Bandung versucht, den philippinischen Repräsentanten für die VR China zu interessieren. Er lud Außenminister Romulo zu einem Besuch in die VR China ein, wo er "das Gute, das Böse und das Zwischendrin" auf dem Festland unter die Lupe nehmen sollte (Romulo gewann aus dieser "sweet reasonableness" seines Gesprächspartners den Eindruck, daß China zumindest für die nahe Zukunft den Frieden wünsche. In seinem eigenen Buch mit dem Titel "The Meaning of Bandung" (12) unterläßt er aber jeden Hinweis auf eine Fühlungnahme mit dem chinesischen Ministerpräsidenten. So verwerflich waren damals im Zeichen des philippinischen Antikommunismus noch Kontakte mit dem als Paria gebrandmarkten China!

Schon wenige Wochen später wurde dann das große Vertragswerk von Manila unterzeichnet, mit dem die SEATO ins Leben trat. Es sollte von da an 17 Jahre dauern, ehe wieder eine Wendung im philippinisch-chinesischen Verhältnis zu verzeichnen war. In der Zwischenzeit wies China in seinen Massenkommunikationsmitteln immer wieder auf die philippinische Wirtschafts- und Sozialmisere hin, die als Folge der "Ausplünderung" durch den US-Imperialismus bezeichnet wurde (13). U.a. empfahl Peking den philippinischen Aufständischen eine Revolutionsstrategie nach chinesischem Muster: Die Volksmassen sollten "befreite Stützpunkte" auf dem Lande gründen, die zahlreichen Lokaltyrannen liquidieren und "Barrio-Revolutionskomitees" errichten (14). Die Philippinen seien "als Teil eines ausgedehnten Weltorfes anzusehen, wo bestimmt die schwächsten Glieder des US-Imperialismus zu finden sind. In den philippinischen Dörfern sind die Bedingungen für die Kommunistische Partei der Philippinen und die 'Neue Volksarmee' äußerst günstig dafür, die Massen zu mobilisieren und mutig vorwärtszuschreiten. Selbst in den philippinischen Städten sind heute nie dagewesene revolutionäre Massenkämpfe von immer größerem Ausmaß und mit immer ungestümmerer Gewalt ausgebrochen. Die ungeheuren Leiden der breiten Volksmassen erfordern dringend revolutionäre Lösungen - die Volksdemokratische Revolution ... Im revolutionären Geist des Proletarischen Internationalismus betrachtet sich die von der KPPh/ML geführte Neue Volksarmee als Teil der Streitkräfte der Weltrevolution gegen den US-Imperialismus sowie den modernen Revisionismus mit der Sowjetunion an der Spitze und gegen alle konterrevolutionären Kräfte" (15).

Obwohl die VR China immer wieder Propaganda-Kampagnen dieses Stils gegen die Regierung in Manila startete, kam es gleichwohl Anfang der siebziger Jahre wieder zu ersten Kontakten, vor allem nachdem der amerikanische Präsident Nixon auf

Guam seine bekannte Doktrin verkündet hatte, derzufolge die asiatischen Probleme sich künftig "asiatisieren" sollten. Nun galt es für Manila, das "heiße Eisen" China anzupacken. Nach über 20 Jahren gegenseitiger "Ignorierungspolitik" war nur ein gradualistisches Vorgehen möglich.

Die ersten Kontakte fanden auf kommerzieller Ebene statt: Zur Frühjahrsmesse 1971 erschien eine philippinische Handelsdelegation in Canton und Peking. Sie wurde auch gleich von Ministerpräsident Chou En-lai empfangen, der seinen Gästen zu verstehen gab, daß China an guten Beziehungen mit dem Nachbarstaat interessiert sei. Kurze Zeit später ließ Peking - getreu seinen volksdiplomatischen Traditionen - auch bereits mehrere Touristengruppen aus den Philippinen zu. Vom April 1972 an führte die philippinische "National Export Trading Corporation" regelmäßige Handelskontakte mit China durch und entsandte mehrere Handelsmissionen. Noch bis 1971 waren Handelskontakte irgendwelcher Art mit sozialistischen Ländern auf den Philippinen verboten gewesen. Beide Staaten begannen sich nicht nur auf kommerzieller, sondern auch auf humanitärer Ebene langsam näherzukommen: Bereits 1971 hatte das chinesische Rote Kreuz Hilfsgüter im Werte von 70.000 US\$ für Taifunopfer gestiftet. Als es im Sommer 1972 zu schweren Flutkatastrophen auf dem Archipel kam, stellte China abermals Waren im Wert von 110.000 US\$ für Katastrophenopfer zu Verfügung (16). Zum erstenmal konnte in diesem Zusammenhang ein chinesisches Schiff in Manila festmachen.

Im März 1973 erteilte die Regierung in Manila acht chinesischen Ärzten, die im Auftrag der UNO entsandt worden waren, eine Einreisegenehmigung.

Die wichtigsten Schritte zur Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen begannen im Februar 1972, als Marcos seinen Schwager, den Gouverneur von Leyte, Benjamin Romualdez, nach Peking entsandte. Manila gab damals zu verstehen, daß es erst einmal abwarten wolle, wie Japan sich in der heiklen China-Frage verhalte, ehe es seinen Kurs gegenüber Taipei festlegen wolle. Nachdem Tokyo im Oktober 1972 die VR China anerkannt hatte, war nun auch für Manila die Zwei-China-Frage in ein akutes Stadium getreten.

Immer noch war die Frage freilich nicht einfach zu lösen, da es in Manila eine starke Taiwan-Lobby von etwa 600.000 Filipino-Chinesen gibt, die es der Regierung Marcos nicht leicht machte, zwischen der Skylla Taipei und der Charybdis Peking hindurchzusteuern.

Angesichts dieser Situation richtete der Präsident ein Sonderkomitee des Kabinetts ein, das die China-Frage eingehend prüfen sollte.

Erleichtert wurde der Vorstoß gegenüber Peking dadurch, daß einer der fünf ASEAN-Staaten, denen ja auch die Philippinen angehören, nämlich Malaysia, 1974 diplomatischen Beziehungen mit Peking aufnahm. In dieser Situation entschloß sich Marcos, seine Frau Imelda, die schon vorher Moskau besucht hatte, zu einer Visite nach Peking zu entsenden. Imelda Marcos wurde von Parteichef Mao Tse-tung, von Ministerpräsident Chou En-lai und von anderen Spitzenpolitikern empfangen (17). China versprach in diesem Zusammenhang, den Philippinen soviel Reis zu liefern, wie sie benötigten - und zu vernünftigen Preisen (18). Ferner wollte China den Philippinen Rohöl liefern (19). Weitere Handelskontrakte schlossen sich an (20).

Am 4. Oktober gab Präsident Marcos bekannt, daß sein Land "sobald wie möglich" diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion und mit der VR China aufnehmen werde (21). Offensichtlich war das Rahmenwerk für die Aufnahme während des Septemberbesuches von Imelda Marcos in Peking abgesteckt worden.

Der Besuch des Präsidenten setzte nun den Schlußstein in das Gewölbe, das durch zahlreiche volksdiplomatische Aktivitäten und durch Visiten auf halboffizieller Ebene bereits beachtlich in die Höhe gewachsen war.

III. Der Verlauf des Besuches

Marcos bekam bereits am Flughafen "großen Bahnhof". Die Straßen waren geschmückt mit philippinischen Fahnen und Parolen wie: "Wir unterstützen entschlossen das philippinische Volk in seinem Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der staatlichen Souveränität" (22). Noch am Ankunfts-tag (7.6.75) wurde der philippinische Präsident von Mao Tse-tung (23) und von Ministerpräsident Chou En-lai ("in einem Peking Krankenhaus") empfangen (24).

Am gleichen Tag gab der stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing auf einem Bankett eine Grundsatzerklärung ab, in der die zwischen beiden Staaten bestehenden Probleme bereits angedeutet waren. Vor allem kamen in dieser Rede die Optionen Chinas für die künftige Stellung der Philippinen deutlich zum Ausdruck: Immer wieder tauchte die Formulierung auf, daß Manila "sein eigenes Schicksal" bestimmen und daß es seine Außenpolitik "in eigene Hände" nehmen solle. Die Philippinen sollten eine "unabhängige" Außenpolitik verfolgen und sich nicht mehr von einer "Supermacht" steuern lassen. "Was die Völker besonders wachsam halten sollte, ist die Tatsache, daß dort, wo sich die eine Supermacht nach einer Niederlage zurückziehen hat, die andere Supermacht mit ungezügelter Heftigkeit versucht, die Gelegenheit wahrzunehmen, mit offenen oder versteckten Mitteln expansiv zu werden" (25).

Daß man den Ambitionen der Supermächte Einhalt gebieten könne, hätten vor allem die indochinesischen Völker in ihrem "großen historischen Sieg" bewiesen. Gerade die augenblickliche Situation sei für die asiatischen Völker "äußerst günstig, um eine unabhängige Außenpolitik einzuschlagen". Wie diese neue Politik gestaltet werden solle? Mehrere Punkte sind hier erwähnenswert. Teng Hsiao-p'ing weist zunächst auf die "positive Einstellung des südostasiatischen Länder zur Errichtung einer Zone des Friedens und der Neutralität in Südostasien und auf die Bannung der Einmischungen des Streits der Supermächte in diesem Raum hin (26).

Der malaysische Plan einer Neutralisierung ganz Südostasiens hat damit die offizielle Anerkennung Pekings gefunden.

- Auf Drängen Malaysias hatten die Außenminister der fünf ASEAN-Staaten im November 1971 in Kuala Lumpur eine Erklärung unterzeichnet, in der sie versprachen, hinarbeiten auf die "Anerkennung" Südostasiens als einer "Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität, die freibleiben soll von jeglicher Einmischung auswärtiger Mächte". Mit diesem Kurs sollte die bisher ganz prowestliche Haltung der südostasiatischen Staaten auf eine Politik der Nichtanlehnung hinüberschwenken. Die ASEAN wollte damit der Tenzenz zur internationalen Multipolarität Rechnung tragen, die die alte Bipolarität ablösen sollte. Ginge

es den malaysischen Vorstellungen nach, so würde sich der südostasiatische Fünferklub später sogar auf 10 Mitglieder erweitern (Einbeziehung Birmas, Laos, Kambodschas, der beiden Vietnams). Drei Phasen dieses Neutralisierungsprozesses wären zu durchlaufen: Zunächst sollten die Partizipanten einen multilateralen Neutralitätspakt schließen, sodann hätten sämtliche ausländischen Truppen das südostasiatische Territorium zu verlassen, und zuletzt hätten die drei Großmächte (USA, Sowjetunion, VR China) die Neutralität der ganzen Zone zu garantieren (27).

Dieser Plan hat in der Zwischenzeit also den offiziellen Segen Pekings erhalten. Die VR China wolle sich, wie Teng Hsiao-p'ing weiter betonte, niemals in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen. "China ist ein sich entwickelndes sozialistisches Land, das der Dritten Welt zugehört. China wird niemals eine Supermacht sein und wird niemals eine Aggression gegen andere Länder begehen oder diese einschüchtern ... Wir sind ferner der Auffassung, daß das Gesellschaftssystem eines Landes vom eigenen Volk ausgewählt und beschlossen werden sollte" (28).

Teng Hsiao-p'ing hatte in seiner Rede die ASEAN noch nicht angesprochen. Dies wurde aber in einem von Hsinhua (29) verbreiteten Artikel nachgeholt: Die fünf Länder Südostasiens verstärkten zunehmend ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit, um ihre wirtschaftlichen Rechte und Interessen zu wahren. "Dank der niederträchtigen Gepflogenheit der Supermächte, Profite auf Kosten anderer zu erzielen, sehen die Länder Südostasiens immer mehr ein, daß sie, um der Ausplünderung und Ausbeutung durch die Supermächte zu entgehen, und um ihre eigenen wirtschaftlichen Rechte und Interessen zu wahren, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken und sich auf ihre kollektive Kraft stützen müssen... Sie haben deshalb ihre lokale wirtschaftliche Zusammenarbeit allmählich gefestigt. Sie haben in den letzten Jahren eine Anzahl von Organen geschaffen, um ihre Zusammenarbeit zu koordinieren und zu regeln ... Sie verstärken ferner auch die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen untereinander Parallel zur aktiven Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt sind diese fünf Länder Südostasiens bestrebt, ihre wirtschaftlichen Beziehungen auch zu den Ländern der Zweiten Welt zu verbessern und zu verstärken. Im Zuge wiederholter Verhandlungen haben diese fünf Länder mit der EG Abkommen erzielen können" (30).

Hier wird nicht nur das Konzept der ASEAN nachdrücklich gebilligt, sondern auch eine engere Anlehnung an die EG - als Ersatz für die Abnabelung vor allem von den USA - gefordert. Diese Forderung nach einer Zusammenarbeit der Zweiten und Dritten Welt war bereits zu Beginn des Jahres 1975 angeklungen, als die EG mit 46 Entwicklungsländern am 1.2.1975 ein Wirtschaftsabkommen schloß (31).

Die wichtigste Aussage Teng Hsiao-p'ings aber dürfte in einem Satz gesteckt haben, der wegen seiner Plastizität der Aufmerksamkeit des philippinischen Präsidenten sicher nicht entgangen ist: "Die Völker Südostasiens müssen wachsam sein, sie dürfen nicht den Tiger durch die Hintertür hereinlassen, während sie den Wolf durch die Vordertür zurücktreiben" (32). Es war wohl nicht zu übersehen, daß mit dem verschleuchten Wolf Amerika und mit dem viel gefährlicheren Tiger die Sowjetunion gemeint war.

Nicht zuletzt die Möglichkeit einer Annäherung Manilas an die Sowjetunion dürfte Peking zu dem außergewöhnlichen Protokoll veranlaßt haben, das dem Vertreter der Philippinen zuteil wurde. Nach der Lösung des Vietnam-Problems und den damit zusammenhängenden Anzeichen von Entmutigung, die die USA gezeigt haben, ist es an der Zeit, ein möglicherweise in den Staaten der ASEAN entstehendes Vakuum aufzufüllen, um nicht der UdSSR mit ihrem "Kollektiven Sicherheitssystem für Asien" eine verlockende Chance offenzulassen.

Marcos hat sich den chinesischen Vorstellungen in keiner Weise verschlossen gezeigt. Auf die von Teng Hsiao-p'ing artikulierten Forderung der Rückbesinnung auf die Eigenständigkeit ging er mit folgenden Worten ein: "Wir sind Asiaten, wir leben in Asien, unsere Zukunft ist in Asien. Die alten Denkformen helfen weder uns noch jeder anderen Nation in Asien weiter". China sei mit seiner "moralischen Empörung über die politischen und sozialen Ungerechtigkeiten von gestern und heute der natürliche Führer der Dritten Welt".

Es liege ferner im Interesse nicht nur Chinas, sondern der ganzen Welt, daß die Länder Südostasiens "in einem wahren Sinn stark und unabhängig" seien und daß sie sich nach ihrem eigenen Gesellschaftssystem entwickeln müßten. "Möge die Freundschaft zwischen den Philippinen und China 100 000 Jahre währen, mögen die Brücken zwischen unseren Ländern nie hinweggespült werden. Jeder Asiate muß stolz sein auf die Leistungen, die China seit 1949 unter der Führung des Vorsitzenden Mao Tse-tung vollbracht hat. Die Morgenröte einer neuen Ära dämert über Asien und der ganzen Welt" (33).

Zu diesen Worten hat Carlos Widmann (34) einen treffenden Kommentar abgegeben: "Streich man ein paar Wörter heraus, dann könnten diese schwärmerischen Sätze aus einem Pamphlet der 'Neuen Volksarmee' stammen, jener philippinischen Guerillaorganisation, die sich auf Mao beruft und von China wohl auch ein bißchen Hilfe bekommt, die sie für ihren Fortbestand braucht. Doch nicht die maoistischen Partisanen äußerten die obenstehenden Elogen, sondern der Mann, den sie hassen und bekämpfen: Ferdinand Marcos, Diktator der Philippinen ... Die Philippinen, einst amerikanische Kolonie, heute noch wie kein anderes Land Asiens von amerikanischer Lebensart geprägt, mehrheitlich katholisch, ein Vierteljahrhundert lang treuester Verbündeter der USA bei der Bekämpfung des Kommunismus in Asien und stolzer Nutznießer zweier großer amerikanischer Stützpunkte, die Philippinen vollziehen die außenpolitische Umorientierung, die in ganz Südostasien stattfindet, mit atemberaubendem Tempo. Seitdem Saigon gefallen ist, haben die USA von Marcos nur Grobheiten zu hören bekommen; er hat ihnen ins Gesicht gesagt, daß er von ihrer Bündnistreue wenig hält und eine Revision der Verträge angekündigt, auf denen die US-Stützpunkte in seinem Lande basieren".

Gleichwohl wäre Chou En-lai wohl der letzte, der gerade jetzt einen Abzug der amerikanischen Truppen aus den Philippinen wünschte. Peking hat den Triumph angesichts des endgültigen Zusammenbruchs der amerikanischen Indochinapolitik nur wenige Tage ausgekostet und ist dann sofort wieder zur Tagesordnung übergegangen, wohl wissend, daß der "US-Wolf" gegen den "Tiger" aus Moskau in Asien einstweilen noch gebraucht wird. Vor allem japanische Delegationen haben in den letzten Wochen bei ihren chinesischen Gesprächspartnern viel Verständnis für die Fortdauer der US-Präsenz in Japan zu hören bekommen.

Soweit es also auf Peking ankommt, ist Manila keineswegs gezwungen, den USA von heute auf morgen den Rücken zu kehren.

- 1) NCNA, 9.6.75.
- 2) PRu 1975/24/7 f.
- 3) ebd.
- 4) Näheres dazu in Oskar Weggel, "Chinas Aufbruch in Richtung ASEAN", C.a. 1974/7, S.415-421 (415 f.).
- 5) NCNA, 9.6.1975.
- 6) C.a.1973/12 - Ü 47.
- 7) C.a. 1974/12 - Ü 45.
- 8) Näheres dazu bei Oskar Weggel, "Beobachtung eines Ritts auf dem Tiger", C.a. Sept 1973, S.515-537 (522 f.).
- 9) PRu 1972, Nr. 3, S.8 ff.
- 10) NCNA, 16.7.1972.
- 11) Vgl. dazu Dieter Heinzig, "Zum Streit um die Inseln des Südchinesischen Meeres", Teil III, Die Besitzverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Konflikt vom Januar 1974", Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 1974/60, S. 7 f.
- 12) Chapel Hill, Un. North Carolina Press 1956.
- 13) Näheres dazu mit Nachweisen C.a. Sept. 1973, S.532 ff.
- 14) SWB 3976 A/III, S. 10 ff. und PRu 1972, Nr. 3, S. 8 ff.
- 15) PRU Nr. 17, S. 13.
- 16) NCNA, 24.7.72.
- 17) Näheres dazu C.a. 1974/10, S. 602 ff.
- 18) Radio Manila, SWB, 2.10.1974.
- 19) SWB, 30.9.1974.
- 20) C.a. 1974/12 - Ü 45.
- 21) C.a. 1974/11 - Ü 20.
- 22) PRu 1975/24/4.
- 23) NCNA, 7.6.1975.
- 24) ebd.
- 25) ebd.
- 26) ebd.
- 27) Näheres C.a. Juni 1973, S.292.
- 28) NCNA, 7.6.1975.
- 29) NCNA, 9.6.1975.
- 30) ebd.
- 31) Näheres C.a. März 1975, Ü 21.
- 32) PRu 1975/24/9.
- 33) PRu ebd./6.
- 34) SZ, 10.6.1975.